

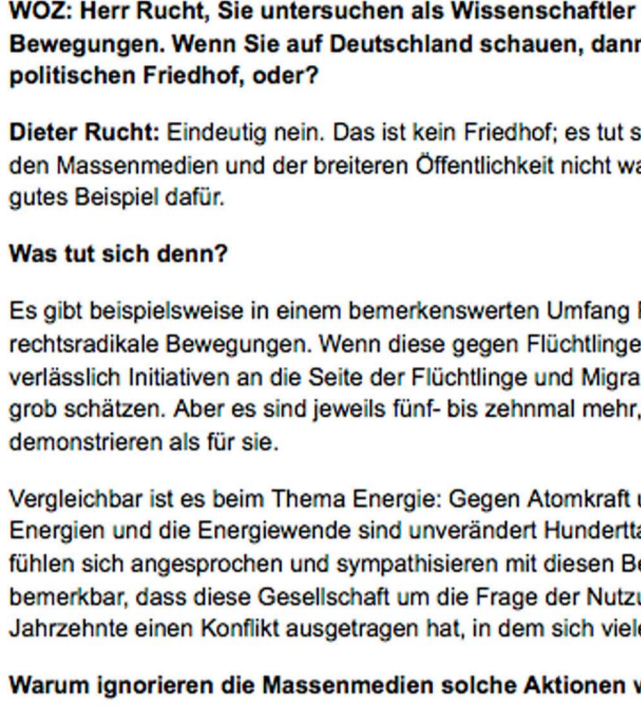
Nr. 24/2014 vom 12.06.2014

SERIE «WEITER DENKEN, ANDERS HANDELN» (6)

«Nicht jede Bewegung muss bei Null anfangen und das Rad neu erfinden»

Wenn früher ein König enthauplet wurde, war das Machtsystem kopflos, sagt der Bewegungsforscher Dieter Rucht. Das ist heute nicht mehr so einfach. Und doch gibt es Faktoren, die das Entstehen von Bewegungen begründen.

Interview: Wolfgang Storz, Pit Wuhrer; Fotos: Stephan Moll



Dieter Rucht: «Wenn ich als Arbeitloser denke: «Das ist eben meine eigene Schuld, dann wird nichts aus dem Widerstand.»

WOZ: Herr Rucht, Sie untersuchen als Wissenschaftler seit vielen Jahren soziale Bewegungen. Wenn Sie auf Deutschland schauen, dann sehen Sie doch einen politischen Friedhof, oder?

Dieter Rucht: Eindeutig nein. Das ist kein Friedhof, es tut sich einiges. Aber vieles wird in den Massenmedien und der breiten Öffentlichkeit nicht wahrgenommen. Ihre Frage ist ein gutes Beispiel dafür.

Was tut sich denn?

Es gibt beispielsweise in einem bemerkenswerten Umfang Proteste und Aktionen gegen rechtsradikale Bewegungen. Wenn diese gegen Flüchtlinge vorgehen, stellen sich verlässliche Initiativen an die Seite der Flüchtlinge und Migranten. In Zahlen kann ich das nur grob schätzen. Aber es sind jeweils fünf- bis zehnmal mehr, die gegen die Rechtsradikalen demonstrieren als für sie.

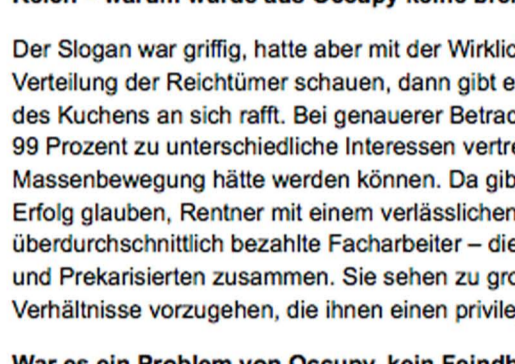
Vergleichbar ist es beim Thema Energie: Gegen Atomkraft und für die erneuerbaren Energien und die Energieende sind unverändert Hunderttausende aktiv. Millionen Bürger fühlen sich angesprochen und sympathisieren mit diesen Bestrebungen. Da macht sich bemerkbar, dass diese Gesellschaft um die Frage der Nutzung der Atomkraft über Jahrzehnte einen Konflikt ausgetragen hat, in dem sich viele Menschen positioniert haben.

Warum ignorieren die Massenmedien solche Aktionen weitgehend?

Zunächst einmal: Eine Rolle spielen diese Themen schon. Von Ignorieren kann keine Rede sein. Aber die Medien gehen sehr selektiv vor. Sie picken sich das heraus, was neu, gross, spektakulär, originell oder mit Gewalt verbunden ist. Das liegt an der Mechanik ihrer Nachrichtenauswahl. Und dabei fällt eben fast alles andere unter den Tisch.

Und das gilt für das Thema Rechtsextremismus wie für die Energieende?

Das gilt für alle Themen. Denn die Massenmedien selektieren überall und fast immer nach denselben Kriterien. Beispiel Berlin: Es gibt in Berlin jedes Jahr etwa 4000 behördlich angemeldete Kundgebungen und Aufmärsche. Die Berliner Medien berichten über etwa ein Viertel bis ein Drittel dieser Ereignisse. Nur drei bis fünf Prozent dieser etwa 4000 Aktionen werden in irgendeiner Form auch in überregionalen Medien wahrgenommen.



Beim Rechtsradikalismus und dem Schutz von Flüchtlingen und Ausländern ist die deutsche Zivilgesellschaft also wachsam, aktiv und wehrhaft?

Ja, für dieses Thema können wir das feststellen. Es sind zwar oft wenige Aktive, die sich intensiv und auf Dauer damit beschäftigen – sie nehmen sozusagen die Position der Stallwache ein. Aber wenn etwas passiert, dann sind sie in der Lage, recht schnell Leute zu mobilisieren.

Ich will aber noch einmal auf die Medien zurückkommen. Einerseits berichten sie nur über einen kleinen Teil der tatsächlich stattfindenden Aktivitäten, weil sie sagen: «Das ist doch nichts Neues oder völlig belanglos.» Wenn also wenige Leute über Jahre hinweg eine aktive und wirksame Arbeit gegen rechts leisten, wird dieses Engagement für die Medien immer wertloser und verdient keine Aufmerksamkeit. Andererseits überschätzen und vergrössern die Medien neue oder spektakuläre Bewegungen oder Aktionsformen.

Ein Beispiel?

Occupy. Da gab es am Anfang eine sehr breite, intensive und wohlwollende Berichterstattung nach dem Motto «Toll, was diese jungen Leute da auf die Beine stellen!». Dann nahm der Reiz der öffentlichen Camps und der Konflikte um sie ab, die Berichterstattung versandete. Es wurde erkennbar: Da ist nicht mehr viel, da war letztlich auch nicht so viel gewesen.

Ein Beispiel für eine systematische Ausblendung ist hingegen das Thema Hartz IV. Seit 2004 finden in einigen Städten Hartz-IV-Massendemonstrationen statt. Die sind zwar seit Jahren sehr klein, machen nur ein oder mehrere Dutzend Demonstranten, aber immerhin. Das ist in den Medien nicht präsent, das interessiert nicht mehr.

Bleiben wir bei Occupy. Ein griffiger Slogan – «Wir sind die 99 Prozent» – das aktuelle Desaster auf den Finanzmärkten, die ständig tiefer werdende Kluft zwischen Arm und Reich – warum wurde aus Occupy keine breite Bewegung, die Bestand hatte?

Der Slogan war griffig, hatte aber mit der Wirklichkeit wenig zu tun. Klar, wir sind nur auf die Verteilung der Reichtümer schauen, dann gibt es das eine Prozent, das das grössten Teil des Kuchens an sich rafft. Bei genauerer Betrachtung stellen wir aber fest, dass unter den Massenbewegung hätte werden können. Da gibt es Studierende, die an ihren beruflichen Erfolg glauben, Rentner mit einem verlässlichen Einkommen, gut versorgte Beamte, überdurchschnittlich bezahlte Facharbeiter – die stehen nicht unbedingt mit den Bedrohten und Prekarierten zusammen. Sie sehen zu grossen Teilen auch keinen Grund, gegen Verhältnisse vorzugehen, die ihnen einen privilegierten Status sichern.

War es ein Problem von Occupy, kein Feindbild zu haben, gegen das mobilisiert werden konnte? Wer kennt schon «die Finanzmärkte»?

Das ist ein richtiger und wichtiger Punkt. Er ist jedoch nicht nur das Problem von Occupy. Die Welt der Handels- und Finanzmärkte, auch politische Verflechtungen beispielsweise innerhalb der EU – all dies ist fragmentiert und undurchschaubar, da es zahlreiche Akteure gibt, zu denen auch die Verbraucher, die Sparer und die Kleinaktionäre gehören. Zugleich ahnt man: Da tummeln sich auch grosse und mächtige Spieler, die zudem miteinander verflochten sind. Aber was sie genau tun, wie sie nun verflochten sind und wie sie ihre Interessen durchsetzen, weiss man nicht so genau. Dann entfaltet der Eindruck, dass man überall und damit ebenso nirgends ansetzen kann. Das macht hilflos. Wir haben nicht mehr wie in absolutistischen Staaten einen König an der Spitze der gesellschaftlichen Hierarchie; wurde er enthauplet, dann war – so zumindest der Eindruck – das herrschende Machtsystem kopflos. Wie aber sollte man Märkte enthauplet?

Einspruch. Man könnte doch problemlos die Deutsche Bank mit Anshu Jain an der Spitze zum entscheidenden Bösewicht machen, den es zur Strecke zu bringen gilt. Oder man spiest Goldman Sachs als weltweite Krake im Dienst der Reichen auf.

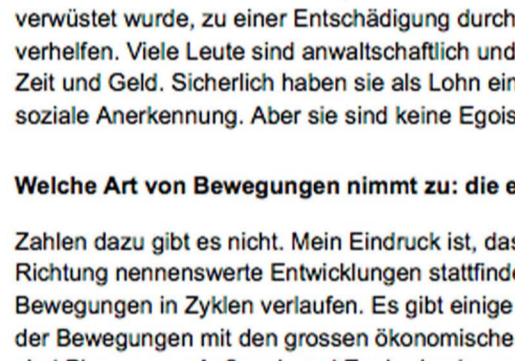
Richtig. Parteil funktioniert das ja auch. Denken Sie nur an die Steuerhinterziehung von Richtig. Das wird dann zu einem grossen Thema, wenn es sich anhand einzelner prominenter Personen in einem Skandal um Unter welchen Bedingungen funktionieren Bewegungen? Da gilt zunächst: Abstrakte Forderungen nach Umverteilung helfen nicht, das muss konkret ausbuchstabiert werden. Dabei muss aber eine Bewegung aufpassen, dass sie nicht im Hickback der divergierenden Interessen stecken bleibt. Beim Begriff «Umverteilung» kommen in verschiedenen Köpfen ganz unterschiedliche Klingeltonen an. Betrachten wir die Beamten mit sicheren Stellen und guten Pensionen – sie werden kaum Vorkämpfer einer Umverteilung von oben nach unten sein. Deutschland, Frankreich oder die Schweiz haben kein Millionenheer von völlig entrechteten Proletariern auf der einen Seite und ganze wenige Reiche auf der anderen Seite.

Das ist alles sehr viel komplexer. Millionen von Menschen haben mehr zu verlieren als ihre Ketten. Konsens gibt es meines Erachtens nur über Folgendes: Fast alle wollen, dass die Ultrareichen, also die zigfachen Millionäre und mehrfachen Milliardenäre, weit mehr abgeben als bisher. Dieser konsensuellen Erwartung steht jedoch ein Konsens der Skepsis entgegen. Die meisten Leute trauen der Politik gar nicht mehr zu, dass sie diese Reichen überhaupt noch erweisen will oder erweisen kann. Das Ohnmachtsgefühl ist also überall: Sogar die Politik überhaupt tätig wird, schafft sie nur minimale Korrekturen.

Vor der Bundestagswahl 2013 gab es ein sehr breites Bündnis von Organisationen, das sich für eine Umverteilung von Reichtum starkmachte. Umfragen zufolge befürwortet eine grosse Mehrheit der Bevölkerung die stärkere Besteuerung von hohen Einkommen und grossen Vermögen. SPD und Grüne vertraten diese Position auch im Wahlkampf. Das endete im Desaster: Es wurde nichts erreicht. Warum hat diese Kampagne nicht funktioniert?

Für diesen speziellen Fall habe ich keine schlüssige Antwort. Ich müsste über Lobbying, über inner- und zwischenparteiliche Machtverhältnisse spekulieren. Deshalb formuliere ich Ihre Frage in eine allgemeinere: Unter welchen Bedingungen funktionieren Bewegungen? Da gilt zunächst: Abstrakte Forderungen nach Umverteilung helfen nicht, das muss konkret ausbuchstabiert werden. Dabei muss aber eine Bewegung aufpassen, dass sie nicht im Hickback der divergierenden Interessen stecken bleibt. Beim Begriff «Umverteilung» kommen in verschiedenen Köpfen ganz unterschiedliche Klingeltonen an. Betrachten wir die Beamten mit sicheren Stellen und guten Pensionen – sie werden kaum Vorkämpfer einer Umverteilung von oben nach unten sein. Deutschland, Frankreich oder die Schweiz haben kein Millionenheer von völlig entrechteten Proletariern auf der einen Seite und ganze wenige Reiche auf der anderen Seite.

Das ist alles sehr viel komplexer. Millionen von Menschen haben mehr zu verlieren als ihre Ketten. Konsens gibt es meines Erachtens nur über Folgendes: Fast alle wollen, dass die Ultrareichen, also die zigfachen Millionäre und mehrfachen Milliardenäre, weit mehr abgeben als bisher. Dieser konsensuellen Erwartung steht jedoch ein Konsens der Skepsis entgegen. Die meisten Leute trauen der Politik gar nicht mehr zu, dass sie diese Reichen überhaupt noch erweisen will oder erweisen kann. Das Ohnmachtsgefühl ist also überall: Sogar die Politik überhaupt tätig wird, schafft sie nur minimale Korrekturen.



Wie funktionieren also Bewegungen? Mir ist folgende Vorbemerkung wichtig: Ich kann zwar allgemeine Weisheiten postulieren, aber jeder Fall hat seine Besonderheiten. Es gibt kein wissenschaftlich fundiertes Erfolgsrezept, das man Bewegungsaktivisten auf den Weg geben könnte. Diese Einschränkung vorausgesetzt, komme ich auf die Frage zurück. Es muss ein reales Problem geben, das viele Menschen als solches empfinden, ein Unrecht oder einen Missstand. Und für dieses Problem müssen Verursacher als verantwortlich benannt werden können. Das ist der unabdingbare Rohstoff. Wenn ich dagegen als Arbeitloser denke: Das ist eben Schicksal oder gar meine eigene Schuld. Darin wird daraus nichts.

Dies ist übrigens auch eine gesicherte Erkenntnis: Je mehr die am meisten leiden, stehen bei den Protesten fast nie ganz vorne. Das führt zu einem weiteren Punkt: Es bedarf des Gefühls, dass es einem persönlich künftig schlechter gehen wird oder dass man, objektiv objektiv nicht so schlecht gestellt, im Vergleich zu anderen benachteiligt wird. Es gibt aber auch eine eher jene, die etwas zu verlieren haben oder etwas als ungerecht erleben. Als weitere Voraussetzung kommt hinzu: Die Menschen müssen sich in sozialen Netzen bewegen, sich kennen, treffen, austauschen. Sie müssen erfahren, dass sie mit ihrem Problem nicht allein dastehen.

Der direkte persönliche Kontakt ist auch in der Welt der sogenannten sozialen Netze und des Internets entscheidend?

Eindeutig ja. Ideal ist, wenn sich die potenziell Aktiven häufig und regelmässig treffen: in Fabriken, Universitäten, Volkshochschulen, Kneipen, also an Orten, wo Erfahrungen ausgetauscht und Kritik möglich ist. Dann bedarf es zusätzlich der Organisatoren. Es müssen Leute da sein, die etwas in die Hand nehmen, einen Aufruf starten, sich um die Logistik kümmern. Wer nur jammert, der agiert nicht. Zudem müssen sich die Leute in wesentlichen Fragen einig werden, zumindest sich einig wöhnen. Was ist das Problem? Wer ist der Schuldige? Was können wir tun? Haben wir überhaupt Chancen auf Abhilfe?

Von Vorteil ist zudem ein politisches «window of opportunity», also eine günstige Gelegenheit, beispielsweise ein Wahlkampf mit einer erhöhten Aufmerksamkeit für das jeweilige Thema oder eine anstehende wichtige politische Entscheidung. Und ein weiterer Faktor: Ein möglicherweise zerfallendes Ereignis, ein Polizeieinsatz, der Tod eines Menschen, eine Skandal – das sind alles Faktoren, die einen Prozess auslösen und beschleunigen. Denken Sie an die AKW-Katastrophe in Japan oder an den brutalen Polizeieinsatz gegen die Baumschützer im Zusammenhang mit dem Stuttgart 21-Bahnprojekt. Das alles sind Faktoren, die für das Gelingen oder Misslingen von Bewegungen ausschlaggebend sind – Faktoren, die übrigens in allen Ländern und bei allen Themen gelten.

Wenn wir Ihnen so zuhören, dann war die Bewegung gegen Stuttgart 21 musterträchtig, alle Faktoren waren erfüllt: die direkte regionale Vernetzung, das Problem, das viele betrifft, es gab namentlich bekannte Schuldige, es gab Zusätzungen aufgrund von Polizeieingriffen. Aber dasselbe können wir von Occupy behaupten: das Desaster der Finanzmärkte, die verantwortlichen Banken und Hedgefonds, die Kosten der Krise für den Steuerzahler ... Warum hat das eine funktioniert, das andere nicht?

Occupy bedeutete vor allem, sich auf Platzbesetzungen zu konzentrieren, darüber ja auch der Name. Diese Aktionsform ist aber nur für sehr wenige Leute verfügbar. Bei der jeweiligen Verpflichtungen, die Versorgung von Kindern, die Gewöhnung an Bequemlichkeiten stehen einer wochen- oder monatelangen Platzbesetzung entgegen. Dieser Protest war somit sozial sehr exklusiv. Zudem: Occupy wollte alle Teilnehmer gleichberechtigt beteiligen, wollte keine Strukturen, keine Delegierten und keine Sprechrollen. Das ist zwar ehrenwert, aber führt meist zu endlosem Palaver. Da Strukturen als formalistisch und überholt galten, wurde auch Allianzen verweigert. Beispielsweise mit Attac. In den Augen der Occupy-Leute war Attac schon wegen seiner festen Organisationsstrukturen Teil der alten Politik, die es abzuösen gilt.

Hinzu kam eine Selbstüberschätzung. Man nahm sich selbst sehr wichtig, auch wegen des anfänglichen Medienhypes. Wir reden in Deutschland von nicht mehr als einigen Hundert Aktivisten. Und auch die unterstützenden Demonstrationen kamen nicht über 10 000 bis 15 000 Teilnehmer hinaus. Dazu gesellten sich wachsende Probleme auf den besetzten Plätzen, denn da campierten nach einigen Wochen nicht nur politisch Aktive, sondern auch Obdachlose, Drogenabhängige, Romafamilien. Das griffen die Medien und vor allem die politischen Gegner der Besetzer auch auf. Zudem gab es Dauerkonflikte mit den Behörden, das Demonstrationswert der drohenden Räumung, wachsende Ermüchtung und Erschöpfung. Und von Anfang an waren die Aktiven sehr heterogen, hatten keine gemeinsame Vorgeschichte, waren teilweise politisch völlig unerfahren. Somit musste Occupy eine Eintagsfliege bleiben.

Warum haben es dann die Indignados in Spanien mit ihren Platzbesetzungen geschafft?

Die dortigen Probleme sind ungleich massiver und betreffen viel mehr Menschen. Es gab somit grossen Rückhalt in der Bevölkerung. Die Bewegung strahlte in viele Regionen Spaniens aus. Dort kam es dann zu Folgeaktionen, und zwar nicht nur zu Platzbesetzungen. Und die Bewegung hatte einen konkreten Gegner. Sie attackierte die als korrupt und unfähig angesehene spanische Regierung. Das war eine grundsätzlich andere Situation als in Deutschland.

Ob Finanzmärkte, Reichtum, Flüchtlinge, Rechtsradikale, Stuttgart 21 oder Energieende – wann ist eine Bewegung für einen Bewegungsforscher eine gute, werden immer mehr zu Getriebenen. In Hamburg gab es vor zwei, drei Jahren eine klassische Mittelschichtbewegung, der es via Bürgerbegehren gelang, eine Klausurform, die mehr Gleichberechtigung und mehr Hilfe für sozial schlechter gestellte Kinder zum Ziel hatte, zu Fall zu bringen.

«Gut oder schlecht» ist keine wissenschaftliche, sondern eine politische Frage. Aber die Wertschätzung kann analysieren: Verfolgt die Bewegung nur egoistische Ziele? Beispiel: Eine Bürgerinitiative wendet sich gegen einen Müllverbrennungsanlag in ihrem Viertel. Wenn sie lediglich das Problem woandershin verlagern wüsste, kann das schon als egoistisch gelten. Aber es gibt auch Leute, die sich Gedanken machen, wie man Aufwält wiederbewerten kann, wie die Müllberge zu reduzieren sind und in welchem Standort eine Verbrennungsanlage die geringsten Belastungen mit sich bringt.

Und es gibt Leute, die aus ihrem Protest keinen Vorteil ziehen können und wollen. Beispiel: Westliche Aktivisten versuchen, einem Indianerstamm, dessen Gebiet durch die Ölförderung verwüstet wurde, zu einer Entschädigung durch den verursachenden Ölkonzern zu verhelfen. Viele Leute sind anwaltschaftlich und unbezahlt für andere aktiv, investieren dafür Zeit und Geld. Sicherlich haben sie als Lohn eine innere Befriedigung, finden vielleicht auch soziale Anerkennung. Aber sie sind keine Egoisten, sondern wollen Schwächeren helfen.

Welche Art von Bewegungen nimmt zu: die egoistischen oder die nicht egoistischen?

Zahlen dazu gibt es nicht. Mein Eindruck ist, dass weder in die eine noch in die andere Richtung nennenswerte Entwicklungen stattfinden. Man muss auch berücksichtigen, dass Bewegungen in Zyklen verlaufen. Es gibt einige Wissenschaftler, deren zufolge die Zyklen der Bewegungen mit den grossen ökonomischen Zyklen zusammenhängen. Feststellbar sind Phasen von Aufbruch und Euphorie einerseits, gefolgt von Phasen der Deflation, der Proteste in Nordafrika seit 2011 – politische Systeme insgesamt instabil werden, an Rückhalt verlieren und/oder Repressionsversuche nicht mehr abschrecken, sondern vielmehr weiteren Protest anheizen.

Gilt für politische Bewegungen eine ähnliche Regel wie für ökonomische Kämpfe, etwa Lohnstreiks? Diese nehmen ja eher zu, wenn sich die Konjunktur bessert.

Politische Bewegungen stehen oft in Widerspruch zu den herrschenden Meinheiten. In der Regel wird unter konservativen Regierungen mehr protestiert als unter linken oder sozialdemokratischen. Das liegt daran, dass das aktivistische Potenzial eher links orientiert ist. Die Linken sind auch artikulationsmächtiger, können besser mit Medien umgehen.

Gibt es eine soziale Kluft unter den Protestierenden? Jene, die arm an Bildung und Geld sind, bewegen sich nicht, sie kommen in den Bewegungen nicht vor und damit auch nicht ihre Themen?

Da ist was dran. Aber das heisst nicht, dass Bewegungen die Rolle-und-Butter-Themen ignorieren würden. Heute spielen diese Themen eine grössere Rolle als in der Phase von den sechziger in den achtziger Jahren. Flüchtlingsthemen sind ja auch wirtschaftliche Themen, denn wer Flüchtlinge abwehrt, tut dies auch mit dem Argument: Die nehmen uns Wohnungen und Arbeit weg. Bei Flughafenprojekten spielt oft die Entwertung von Grundbesitz und Wohnungslosigkeit eine wichtige Rolle. Die Zusammensetzung der Protestierenden ist somit anders als bei Protesten gegen Sozialkürzungen.

Könnte aus dem Thema Burn-out eine Bewegung werden?

Ein Fixpunkt für eine neue Bewegung, denke ich, kann dieses Thema nicht werden. Allerdings kann ein solches Thema in ganz andere Kontexte am Rand oder in verdeckter Form mit einfließen. Bei Stuttgart 21 geht es zum Beispiel nicht nur um den Bahnhof, sondern um die Frage nach Demokratie und die Frage: Was ist Fortschritt, was ist Modernität? Ist die Verkürzung von Reisezeiten, eines der zentralen Argumente für Stuttgart 21, denn so wichtig? Ist es mir persönlich doch besser? Oder leben wir immer hektischer, werden immer mehr zu Getriebenen, wie es eben auch am Arbeitsplatz erfahren wird? Ein anderes Beispiel sind die Proteste gegen GB, die auf acht Schuljahre verkürzte Gymnasialzeit. Die Einführung wurde mit der internationalen Wettbewerbsfähigkeit begründet. Manche Eltern fragen sich: Was bringt das, wenn unsere Kinder in noch kürzerer Zeit noch mehr Stoff eingetrichtert wird? Führt diese Art von Rationalisierung und Modernisierung nicht zu mehr Stress? Oder ist das Thema Burn-out indirekt ein.

Derzeit verhandeln die EU und die USA das umstrittene Freihandelsabkommen TTIP, das Rechte und Schutzbestimmungen aushebeln soll. Taugt TTIP für eine erfolgreiche Gegenkampagne, oder ist das Thema komplex?

Es ist ein schwer durchschaubares Thema. Welche Rechte haben Konzerne gegenüber Staaten? Welche Produkte dürfen aufgrund welcher Standards angeboten werden? Wer ist Richter? Der Normalbürger mag erst einmal denken, das habe mit seinem Alltag nichts zu tun. Zudem wird gewöhnlich verhandelt. Auch sind die vorhandenen Informationen widersprüchlich. Wem soll ich also glauben? Das erschwert das Entstehen einer starken Bewegung gegen TTIP.

Andererseits gibt es eine Vorgeschichte, aus der Lehren gezogen werden können: Mit dem Multilateralen Investitionsabkommen (MAI) sollen Investitionen von Konzernen erleichtert werden. Dagegen gab es politischen Widerstand. Das ebenfalls geheim verhandelte Abkommen scheiterte 1998 – und zwar nicht primär am ausserparlamentarischen Widerstand, sondern am Nein der französischen Regierung. Diese Auseinandersetzung ist im Gedächtnis der Bewegungen als Erfolg verbucht worden. Dann gab es die Auseinandersetzung um die Acta, also um die Frage, wie das Urheberrecht im digitalen Zeitalter beschaffen sein soll. Etwas platt gesagt: Gehören geistige Güter den Konzernen oder der Allgemeinheit? Auch da gab es einen Erfolg der Kritiker und Gegner von Acta.

Weiterhin haben sich im vergangenen Jahr mehr als 1,5 Millionen EU-Bürger gegen eine weitere Privatisierung des öffentlichen Wassers ausgesprochen. Es gibt also eine Vorgeschichte an Aktionen, die sich um die entscheidende Frage drehen: Was darf wenigen gehören, und was muss allen gehören? Müssen nicht solche Verhaltensmodi transparent sein? Müssen nicht Parlamente von Anfang an beteiligt werden? Inzwischen sind viele Menschen sensibilisiert für Fragen des freien Handels, seiner Vor- und Nachteile, für die Ungleichgewichte, die er mit sich bringt. Daran können diejenigen anknüpfen, die ausserparlamentarisch gegen das TTIP-Projekt vorgehen. Die Protestwelle rollt gerade an.

Bewegungen haben also ein Gedächtnis, das abrufbar ist?

Ich denke schon, auch wenn nicht alle Aktivisten um die Vorgeschichte wissen. Wird heute über die Vorzüge des Freihandels gesprochen, glaubt inzwischen die Mehrheit, dass es bei dieser Art von Liberalisierung wenige Gewinner, aber viele Verlierer geben wird. Das zeigt auch, wie wichtig es ist, dass Bewegungen ihr kollektives Gedächtnis, ihre mentalen und physischen Archive pflegen. Dann können auch die jüngeren Aktivisten wissen, wo und warum Bewegungen erfolgreich waren und wo und warum sie gescheitert sind. Nicht jede Bewegung muss bei Null beginnen und das Rad neu erfinden werden. Das kostet zu viel Zeit, wäre eine Vergewödung von Energie.

Wie passt Ihre Diagnose einer recht lebendigen Demokratie zu den folgenden Befunden: Die Gewerkschaften und Parteien verlieren Mitglieder und gewinnen keine neuen. Selbst bei der Bundestagswahl geht ein Drittel der Wahlberechtigten nicht zur Wahl. Bei Landtags- und Kommunalwahlen beteiligen sich noch viel weniger. Das sind doch Zeichen politischer Apathie.

Ich stimme Ihnen zu, dass es darauf ankommt, die Nahstellen genauer zu betrachten, an denen sich Bewegung und Apathie berühren. Zu bestimmten Fragen gibt es viel Bewegung: Energiepolitik, Stuttgart 21, Finanzmärkte oder Rechtsradikalismus. Aber es gibt keine solche Themen übergreifende Auseinandersetzung; es fehlen grosse, die Einzelfragen übergreifende Konfliktlinien. Unsere Gesellschaften sind sehr heterogen geworden. Sie zerfallen in viele Milieus und Interessengruppen, die miteinander kaum mehr in Berührung stehen. Abstrakte Forderungen wie die nach mehr Solidarität oder Gerechtigkeit laufen ins Leere. Die Kategorisierung als Prekariat schafft noch keine einheitliche Gemeinschaft des Handelns. Die Forderungen sind eher kleinteilig. Und wenn sie gross sind und eine Utopie heranziehen, wie der Slogan der Globalisierungskritiker «Eine andere Welt ist möglich», dann sind sie so diffus, dass sie auch von Rechtsradikalen, religiösen Fundamentalisten oder Marktradikalen stammen könnten.

Wir kommen somit zu einem widersprüchlichen Befund: Anzeichen für Bewegungen sind aktiv, die Demokratie ist lebendig. Aber zugleich gibt es auch Anzeichen für Stillstand und Ohnmacht. Viele bleiben Zuschauer oder ducken sich weg. Vielleicht bedarf es einer bestimmten Zeit, einer Phase der Reflung, damit sich aus den vielen kleinen Fragen und Konflikten der Gegenwart eine grosse grundlegende Auseinandersetzung über die Richtung des gesellschaftlichen Fortschritts herauskristallisiert. Ein solcher Reflungsprozess kann beeinflusst, aber nicht erzwingen werden. Da kommen eben auch in Vorraum kaum berechenbare historische Konstellationen ins Spiel.

Welche Rolle spielt bei diesen Umschichtungen des politischen Engagements, die Sie zuvor konstatierten, das Internet?

Das Internet ist ein geniales Werkzeug, um Informationen schnell zu gewinnen und diese mit potenziell grosser Reichweite und hoher Geschwindigkeit zu verbreiten. In dieser Hinsicht ist es unschlagbar. Es birgt jedoch die Gefahr, dass es Leute anreizt, sich mit Netzaktivitäten zufriedenzugeben. Ich klicke, also bin ich protestierender. Das ist eine Soft- und Sofavariante des politischen Protests, der sogenannte «Protestivirtus». An den Schwächenkonflikten abzulesen, wie es um Fortschritt und Humanität bestellt ist.

Das sind normative Überlegungen. Der Sozialstaat wird beispielsweise in allen Industriestaaten abgebaut. Was sehen Sie in der Wirklichkeit?

Es gibt keinen linearen Fortschritt. Es gibt Phasen und Felder des Fortschritts, aber zugleich Belege für gewaltige Rückschritte. Faschismus, Stalinismus, lateinamerikanische Diktaturen, Vertreibung, Vergewaltigung, Folter, Hungerleid, bei uns den Abbau des Sozialstaats. Wir können uns nicht selbstgefällig ausruhen. Die Geschichte lehrt uns: Jeder erreichte Fortschritt ist nur relativ. Und er ist latent oder akut gefährdet.

DIETER RUCHT

Von der Aktion zur Analyse

Geboren 1946 in Kempen im Allgäu, wuchs Dieter Rucht – wie er selbst sagt – in einfachen Verhältnissen auf. Nach seiner Schulzeit verpflichtete er sich freiwillig für zwei Jahre als Zeitsoldat bei der Bundeswehr. Doch dann kam der Vietnamkrieg, die 68er-Bewegung – und so verweilte Leutnant der Reserve Rucht nachträglich den Kriegsdienst.

Diese frühen politischen Aktivitäten prägten auch sein wissenschaftliches Interesse. Dieter Rucht, der als der wichtigste deutsche Bewegungs- und Protestforscher gilt, studierte in München Soziologie, Sport und Pädagogik, promovierte über den AKW-Widerstand (sein Buch «Von Wühl nach Corleone» erschien 1980) und forschte später an der Harvard University in Paris und an der University of Michigan. Von 1983 bis 1997 war er wissenschaftlicher Angestellter am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), danach lehrte er als Professor für Soziologie an der University of Kent (Britannien), und 2000 kehrte er als WZB zurück, wo er von 2001 bis 2004 die Arbeitsgruppe Politische Öffentlichkeit und Mobilisierung leitete. Bis zu seiner Emeritierung 2011 war er Koeditor der WZB-Forschungsgruppe Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa.

Heute ist Rucht Vorsitzender des Vereins für Protest- und Bewegungsforschung. Zu seinen bekanntesten Publikationen gehören «Die soziale Bewegung in Deutschland seit 1945» (2006, herausgegeben mit Roland Roth), «Berlin, 1. Mai 2002. Politische Öffentlichkeit und Heiligentum im Spiegel der Massenmedien» (2008, herausgegeben mit Simon Teune) und «Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen» (2001).

Seit einigen Jahren dreht Dieter Rucht auch Dokumentarfilme. Zuletzt porträtierte er vier Aktivistinnen, die er zwei Jahre lang in ihrem politischen und privaten Alltag begleitete («Die Protestmacher», 2013).

Pit Wuhrer

DOSSIER

Weiter denken, anders handeln

So viele Krisen – und doch hält sich die Empörung in Grenzen. Warum ist das so? Wohin entwickeln sich die Gesellschaften? Gibt es überhaupt noch Perspektiven? In dieser WOZ-Gesprächsserie befragen wir Fachleute, die sich seit langem mit gesellschaftlichen Verhältnissen befassen.

Weiter denken, anders handeln (8) 17.07.2014
«Die Entlassung über die makroökonomische Politik der Sozialdemokratie hat viel nach rechts getrieben»
Hausteilungen 17.07.2014
Hausteilungen

Weiter denken, anders handeln (7) 26.06.2014
«Erfolge haben die internationalen Frauenbewegungen entradikalisiert»

Serie «Weiter denken, anders handeln» (6) 12.06.2014
«Nicht jede Bewegung muss bei Null anfangen und das Rad neu erfinden»

Weiter denken, anders handeln (Teil 5) 07.11.2013
«Es gibt die Gegenmacht – in Teilbereichen»

Weiter denken, anders handeln. Teil 4 26.09.2013
«Wir befinden uns überall in einer Phase des Schadenwachstums»

Weiter denken, anders handeln Teil 3 12.09.2013
«Wir brauchen Zeit, um mehr Freundlichkeit in diese Welt zu bringen»

Weiter denken, anders handeln. Teil 2 22.08.2013
«Viele merken, dass es in der erstrebten Coolness allzu cool geworden ist»

Weiter denken, anders handeln. Teil 1 18.07.2013
«Wir kreisen doch nur um den Gegenwarts punkt»

«Selbst denken» 18.04.2013
Therapie für den Nettnelbick

Klimawandel und Gewalt 06.01.2011
«Protest für etwas – dann wird es interessant»

«Klimakriegs» 10.12.2009
Dem Untergang entgegen

WOZ Markt
anders suchen,
anders finden

8 Wochen für 25 Franken
Leisten Sie sich ein Probeabo der WOZ.